



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

4

April 2022 / 56. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Hilfsbereitschaft für Flüchtende aus der Ukraine



Seite 5 <

DPoIG und EPU-Spitze
besuchen in Polen
die Grenze zur Ukraine

Seite 19 <

Fachteil:

- Die 35. Ausnahmeverordnung und das EU-Recht
- „Deutsche Sprache“ als Voraussetzung bei Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte weggefallen – Probleme bleiben



Überstundensituation bei der Polizei

Hohe Überstundenstände bei der Polizei sind ja schon lange bekannt und auch in all den Jahren immer wieder von Gewerkschaften thematisiert worden. Für die DPoIG ist klar, dass es einen gewissen Korridor geben muss, um individuelle Flexibilität in der Mitarbeiterschaft zu gewährleisten. Und anders als in anderen Verwaltungszweigen ist der polizeiliche Alltag geprägt von unvorhergesehenen Einsatzlagen, die abzuarbeiten sind. Mehrarbeit, wenn sie erforderlich ist und angeordnet wird, muss zunächst erbracht werden.

Insofern greift der momentane Ansatz, bei hohen Überstundenständen Vorgesetzte und Mitarbeiter zu Zielvereinbarungen über den Abbau zu drängen, aus Sicht der DPoIG zu kurz. Vielmehr bedarf es einer Analyse, warum diese Stunden entstanden sind oder weiterhin entstehen. Arbeitsüberlastung in Verbindung mit Personalknappheit sind aus unserer Sicht sehr häufig die Gründe dafür. Einsätze wahrzunehmen, Mindestpräsenzen einzuhalten, Vorgänge zeitnah zu bearbeiten, sind Teil des polizeilichen Berufsethos. Niemand wird ja wohl erwarten, dass künftig Polizeiarbeit geleistet wird, die nicht vergütet wird. Insofern darf vom Dienstherrn erwartet werden, dass er Rahmenbedingungen schafft, dass die anfallende Arbeit vom vorhandenen Personal inner-

halb deren Wochenarbeitszeit erledigt werden kann. Wenn es hieran berechnete Zweifel gibt, und hohe Überstundenstände sind ein Indiz dafür, dann erstreckt sich die Fürsorgepflicht des Dienstherrn auf eine ganzheitliche Betrachtung des Problems, inklusive der Personalausstattung und Arbeitsbelastung.

Die DPoIG sieht Notwendigkeiten, diese Situation vom Dienstherrn untersuchen zu lassen. Ein fortgesetzter Personalaufbau der Polizei ist dringend nötig. Selbstverständlich soll unter der Prämisse des Gesundheitsschutzes verhindert werden, dass hohe Überstundenberge entstehen. Hier darf aber nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden, immerhin hat es viele Jahre niemanden interessiert, dass an verschiedenen Stellen mit dem vorhandenen Personal die Arbeit nur durch Überlastung der Mitarbeiter erledigt werden konnte.

Gedanken, bestimmte Überstundenstände zu kappen und



© DPoIG SH

nicht zu vergüten, verbieten sich aus Sicht der DPoIG. Wahrscheinlich benötigen wir klare Regeln im Arbeitszeitrecht und auch mehr Kreativität, zum Beispiel durch die Schaffung von Lebensarbeitszeit-

konten. Vordringlich ist jedoch, ausreichend Personal für die zu leistende Arbeit bereitzustellen.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: redaktion@dpolg.sh

DPoIG SH bei Facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Wahlversprechen

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Bei Erscheinen dieser Ausgabe des POLIZEISPIEGELS sind die Wahlen zu einem neuen Schleswig-Holsteinischen Landtag in greifbare Nähe

gerückt. Am 8. Mai sollen die Wähler entscheiden, welche politische Konstellation zukünftig die Regierungsarbeit übernehmen soll.

Wahrscheinlich wird es erneut wieder keiner Partei gelingen, die Mehrheit der Stimmen zu erlangen, um damit alleine die Verantwortung zu übernehmen.

men. Es werden also wieder Koalitionen zu bilden sein, man wird sich zusammenraufen müssen, um sich anschließend gemeinsam den Herausforderungen zu stellen.

Die Parteien laufen sich im Wahlkampf warm und versuchen sich mit immer größer werdenden Versprechen zu sozialen Verbesserungen gegenseitig zu übertrumpfen.

Das Thema „Innere Sicherheit“ schreiben sich dabei alle in besonders großen Lettern auf die Fahnen.

Aber darüber hinaus gibt es zurzeit auch noch genug andere dringende Tätigkeitsfelder.

Neben der Klimakrise stehen aktuell der kriegerische Angriff auf die Ukraine und die sich

daraus ergebenden Folgen (Energieversorgung, steigende Preise und so weiter) ganz oben an.

Auch müssen wir uns wieder auf steigende Zahlen von unterzubringenden und zu versorgenden Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, einstellen.

Alleine das wird erneut eine Mammutaufgabe, auch für die Landespolizei, werden.

Man darf aber gewiss sein, dass auch dieses Mal jeder einzelne Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin, alle Polizeibeschäftigten in den Ämtern und Behörden, wieder parat stehen werden und anpacken, wo es nötig ist.

Die Politik, gleich welcher Couleur, kann darauf vertrauen, dass der öffentliche Dienst in

allen Bereichen funktioniert und wieder mal die Kohlen aus dem Feuer holt.

Die Verantwortlichen sollten sich aber auch bewusst sein, dass es sich bei ihrem Personal auch um Wähler handelt, die sehr genau wahrnehmen, ob die Wahlversprechen und schönen Sonntagsreden, die regelmäßig vor den Wahlen herausposaunt werden, anschließend auch eingehalten werden.

Zu oft sind sie nämlich in der Vergangenheit enttäuscht worden.

Fast immer scheiterten die angeblich guten Absichten an der Ausrede, es sei kein Geld da.

An anderen Stellen wurden aber regelmäßig wieder Millionen und Milliarden gefunden

und für „Wichtigeres“ ausgegeben.

Zunehmend schwindet dadurch das Vertrauen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu ihrem Arbeitgeber/ Dienstherrn.

Die DPoIG wird der Politik auch in Zukunft wachsam auf die Finger schauen und sie an ihre Versprechen erinnern. An unserer Seite steht dabei mit dem Deutschen Beamtenbund ein starker und verlässlicher Partner.

Gemeinsam werden wir nicht müde, die Belange der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu vertreten und uns für Verbesserungen und Wertschätzung einzusetzen – Versprochen!

Frank Hesse, stellvertretender Landesvorsitzender



Christian Kiesbye (Polizeiseelsorger), Torsten Gronau und Frank Hesse (von rechts)

plätze in der Landesverwaltung, auch im Tarifbereich.

Ausrüstung, Ausstattung, Bewaffnung

Am zweiten Tag der Veranstaltung standen dann die Fragen von Bewaffnung, Ausrüstung und Ausstattung im Fokus. Hier kam als Fachmann der Leitende Polizeidirektor Ralph Garschke, Leiter LPA 1, zu uns. Herr Garschke berichtete über den Stand des Pilotversuchs DEIG (Taser). Der DPoIG-Landesvorsitzende Torsten Gronau betonte, dass es dicke Bretter im politischen Raum zu bohren galt, damit es überhaupt zu dem Piloten in der Fläche kommt. Aber Herr Garschke nahm auch vereinzelte Sorgen und Bedenken mit, die in der Kollegenschaft der Pilotdienststellen bestehen.

Im weiteren Verlauf befassten wir uns mit dem Fahrzeugkonzept der Landespolizei. Zuladungskapazitäten und Modellentwicklungen haben dazu geführt, dass etablierte Pkw wie der VW Passat oder die Mercedes E-Klasse nicht mehr beschafft werden. Vielmehr wird es überwiegend auf den Vito (in kurz und in lang) hinauslaufen. Die Bedenken der

Ausschussmitglieder bezüglich der Eignung, insbesondere auf den Autobahnen, wurden klar deutlich gemacht. Da sich andere Anbieter zumeist nicht auf die Ausschreibungen beworben haben, wird sich der Fuhrpark in den nächsten Jahren verändern. Die Auswirkungen im polizeilichen Einzeldienst werden von der DPoIG deutlich beschrieben werden.

Nicht minder bunt lief die Diskussion um die Zukunft der Schutzhunde. Eine Gesetzesänderung bei der Tierschutz-Hunde-Verordnung führt zu

Problemlagen in der Diensthundeausbildung. Da die Ausbildung eines Polizeihundes nicht mit der eines privaten Gebrauchshundes vergleichbar ist, gab es Initiativen, Ausnahmen für die Polizei zu erwirken. Einzelne Ausbildungsmethoden, zum Beispiel die Nutzung eines Stachelhalsbandes, sind nunmehr generell untersagt. Das führt zu einer Neubewertung der Diensthundeausbildung, aber auch zu Fragestellungen, wie mit besonders triebstarken Diensthunden künftig umzugehen ist. Mit diesen Themen beschäftigt



Ralph Garschke, Torsten Gronau und Frank Hesse (von links)

man sich auf Bundesebene und in der Fachlichkeit im Lande.

Herr Garschke berichtete zudem über den Prozess, sowohl die MP 5 als auch die MCX durch eine andere Schusswaffe zu ersetzen, und auch die Ausstattung mit Smartphones im Streifendienst war ein wichtiges Thema.

Last, but not least wurde auch über das neue Bootskonzept der Wasserschutzpolizei gesprochen. Hier gibt es einerseits eine nachvollziehbare fachliche Bewertung, den Bootspark künftig auf einen einheitlichen Bootstyp umstellen zu wollen. Dennoch nimmt die DPoIG in der Mitarbeiterschaft auch Bedenken wahr, weil man Sorge um den Bestand von Dienststellen und Dienstposten hat; immerhin sei die WSP in den letzten Jahren mehrfach durchgeschüttelt worden.

Dank an Ralph Garschke, der zu all diesen Themen ein kompetenter Ansprechpartner war und dem es gelang, einerseits die Sorgen und Bedenken aufzunehmen und andererseits auch Transparenz herzustellen wusste.

Torsten Gronau, Landesvorsitzender

DPoIG-Landesausschusssitzung

Am 8. und 9. März fand die Landesausschusssitzung der DPoIG in Scharbeutz statt. Der Landesausschuss ist nach dem Landesdelegiertentag das zweithöchste Beschlussgremium der DPoIG und tritt einmal im Jahr zusammen.

Polizeiseelsorge

Am ersten Tag kam auf Einladung der Polizeiseelsorger, Herr Christian Kiesbye, zu uns. Herr Kiesbye stellte sich als neuer Polizeiseelsorger der Landespolizei vor und berichtete von den Erfahrungen der ersten Monate seiner Tätigkeit. Ein wesentliches Thema der Diskussion mit Herrn Kiesbye war auch der Stellenwert der Berufsethik in der Polizei. Hierzu gab es spannende Diskussionen, auch Rückmeldun-

gen zu ethischem Verhalten bei der Personalführung. Wir verabredeten, in einem guten Kontakt zu bleiben.

Gewerkschaftliche Themen

Im internen Teil ging es dann um handfeste gewerkschaftliche Themenstellungen. Hierzu berichtete der Landesvorsitzende Torsten Gronau.

Mit großem Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, dass insbesondere Pensionäre keine

große Lobby bei der jetzigen Landesregierung zu haben scheinen. Eine angemessene Beteiligung der Versorgungsempfänger an der im Tarifvertrag ausgehandelten Corona-prämie wurde abgelehnt und auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist offenbar nicht auf der Tagesordnung. Gute Argumente, dass die Belastungen des Polizeidienstes auch über den Ruhestand hinaus wirken, bleiben aktuell ungehört.

Auch ein Vorstoß der DPoIG, die seit Jahren in der Polizei erfolgreich tätigen Tarifangestellten bei der Schwertransportbegleitung aus ihren befristeten in unbefristete Arbeitsverträge zu überführen, ist offenbar in der Landes-

regierung kein Thema. Gerade das Tariffrecht böte Möglichkeiten, relativ zeitnah personelle Defizite in bestimmten Bereichen aufzulösen. Eine Entlastung der Polizei von der Aufgabe der Schwertransportbegleitung ist nicht in Sicht. Alle wissen, dass in den nächsten Jahren diese Transporte sein werden, wenn man die Energiewende vollziehen will. Die Fachdienststellen haben längst signalisiert, diese Aufgabe künftig nicht mehr alleine schultern zu können und Hilfe aus der Fläche zu benötigen. Da ist es das falsche Signal des Landes als Arbeitgeber, weiterhin mit befristeten Verträgen arbeiten zu wollen. Wir brauchen sichere und ordentlich vergütete Arbeits-

2 FLOORS + BEACH AREA

PARTY-ALLROUND-FLOOR

BASTI VAN DEN SROEDEN

SEXY-HOUSE-FLOOR

DJ MARIB von HOUSE ROCKERZ

WELCOME-SHOTS

FÜR DIE ERSTEN 200 GÄSTE

CHARITY-AKTION

„PUSTEN FÜR DEN GUTEN ZWECK“

IN KOOP MIT DRÄGER ZUGUNSTEN DES UKSH

VERLOSUNG

„FOTOBOX“, GUTSCHEINE UND ANDERE GEWINNE

FOTOBOX

VON HANSE-FOTOBOX UND DBV MARKUS MAIBORG

23. APRIL 2022

EINLASS AB 22:00 UHR

EINTRITT

VORVERKAUF 10 €*

ABENDKASSE 12 €

BLAULICHT

STRANDSALON LÜBECK

EINE DER GRÖSSTEN PARTYS DIESER KÜSTE FÜR BLAULICHTER AND FRIENDS



ONLINE-VORVERKAUF UND ALLE INFORMATIONEN: WWW.SINGLE-BEATS.DE

*VORVERKAUFSTELLEN: Lübecker Nachrichten - JOY Fitness Lübeck - CITTI PARK Lübeck

WER SIND BLAULICHTER: Polizei, freiwillige und Berufsfeuerwehr, Zoll, THW, Bundeswehr, Justiz, Drägermitarbeiter:innen, Rettungsdienst, Pflegekräfte, alle medizinischen Berufe und Medizinstudierende...und alle BLAULICHT-Freunde